

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Druck und Verlag der E. Weyh'schen Buchdruckerei (Inhaber: E. Weyh), mit der Schriftleitung verantwortlich: U. Strom in Neuenbürg.

Nr. 105

Neuenbürg, Freitag den 7. Mai 1920.

78. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 6. Mai.** Conrad Haußmann kann heute ein Gedenktag seltener Art begehen. Vor 30 Jahren, am 6. Mai 1890, zog er zum erstenmale in den Reichstag ein, dem er an die an ununterbrochen bis auf den heutigen Tag angehört. Sein eigentlicher Wahlkreis — Balingen, Spaltingen, Kottwil — ist für ihn zur politischen Heimat geworden. Die schwäbische Heimat ist ihm der Mutterboden, in dem er fest verwurzelt ist, von dem aus er aber den großen Flug tat, der ihn zu einem großen Führer und Bohnbrecher freien Bürgerrechtes und demokratischer Staatsgestaltung machte. Sein ungewöhnlich reger Geist, seine Begeisterung, Borteillosigkeit und heftigste Hingabe an die Arbeit für sein Volk und seine Zeit haben ihn beliebt, immer nicht nur mit den notwendigen Entwicklungen des Lebens und der Bedürfnisse Schritt zu halten, sondern auch seinen Zeitgenossen ein Führer zum verständnisvollen Bestehen neuer Aufgaben zu sein.

**München, 6. Mai.** Ministerpräsident v. Kahr teilte in der gestrigen bayerischen Landtags-Sitzung in Beantwortung von Anfragen mit, daß die Unterjagd über die Vorgänge bei den Bergarbeiten noch im Gange sei. Das Gerücht, daß von den Berliner Putschisten Gelder an die Einwohner nach Schwabing geschickt worden seien, habe sich als haltlos erwiesen. Die Staatsregierung habe das größte Interesse, alle mit dem Kapp-Unternehmen im Zusammenhang stehenden Vorgänge schnellst möglich aufzuklären, sowie gegen jeden Putschversuch von rechts oder links mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Der Ministerpräsident trat zum Schluß den wilden Gerüchten entgegen, die noch immer im Umlauf sind. Die Behauptungen von Verhandlungen mit Frankreich seien eine glatte Erfindung.

**Frankfurt, 6. Mai.** Wie der „Frankf. Jg.“ geschrieben wird, befinden sich in französischen Gefangenenlagern noch immer hiesige Deutsche, die wegen Vergehen, die nicht auf dem Gebiet der Disziplin liegen, bestraft wurden und deren Zurückführung sich Frankreich ausbedungen habe. Ein solches Lager mit etwa 400 Gefangenen befindet sich in Kolignon. Von dort kamen schriftliche Nachrichten vom Anfang April, in denen sich die Gefangenen über ihr Abgeschnittensein von aller Welt und vor allem über das Ausbleiben von Post bitter beklagten, wehrten auch über die ungerechtfertigte Behandlung wegen ihrer letzten Vergehen.

**Berlin, 6. Mai.** Die Forderung der Gewerkschaften an die Unternehmer, den 1. Mai, an dem die Arbeit ruhe, als Arbeitstag zu bezeichnen, ist in Groß-Berlin den Unternehmern überreicht worden. Wie die „V. R. A.“ erfahren, hat die Antwort in allen Betrieben ablehnend geklungen.

## Württembergischer Landtag.

**Stuttgart, 5. Mai.** Der Landtag hat in einer 4½ stündigen Sitzung die zweite Beratung des Kleinen Schulgesetzes zu Ende geführt. Zu einer lebhaften Aussprache kam es bei der Zusammenfassung des Ortschulrats, in dem künftig der Lehrer den Vorsitz führt. Der Art. 12, der eine finanzielle Oberaufsicht über die Schulen vorsieht, wurde gestrichen, da er nach dem Gutachten des Reichsministers noch bis zur Erlassung des Reichsschulgesetzes zurückgestellt werden mußte. Die Verpflichtung des Lehrers zum Disziplin und Kantorenbesitz wurde aufgehoben, das Verhalten der Grundbesitzer des Beamtenrechtes gleichgestellt. Gegen die Stimmen des Zentrums und der Bürgerpartei fand auch Art. 11 Annahme, durch den eine konfessionelle Bindung der Lehrer und Mitglieder des Ortschulrats aufgehoben wird. Sodann wurde die Frage des Redaktionsrats beraten. Der Abg. Bruckmann hat an die an die sämtlichen Parteien unterzeichneten Antrag eingebracht. Die Redaktionsaufsicht bis 1920 soll als ein große Schiffsahrtstraße für das 1200 Tonnenschiff als ein Teil der Rhein-Neckar-Donau-Strecke gebaut werden. Gegen eine einstimmige Festlegung der bayerischen Main-Donaulinie wurde Einspruch erhoben und die sofortige Bildung eines ständigen Beiratens bei der Reichsregierung beantragt, in dem die Ständebund-Deutsche Kanalverein vertreten sein soll. Die Antrag fanden einstimmige Annahme. Der Amtsblattgeheimrat wurde einem 12gliedrigen Ausschuss überwiesen. — Schluß der Sitzung: 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr: Verfassungsausschuss, Staatsgerichtshof, Gemeindefreiergesetz, Angelegenheiten des Volkswirtschaftlichen Ausschusses.

## Evangelische Landeskirchenversammlung.

**Stuttgart, 5. Mai.** Die Beratung über die Zusammenfassung des Landeskirchenrates wird fortgesetzt. Angehend erörtert wird insbesondere die vom Ausschuss verteilte Frage, ob von der Leitung theologischer Fakultät ein aus ihrer Mitte zu wählendes Mitglied als offizieller Vertreter in den Landeskirchenrat entsandt werden solle. Bei der Abstimmung wird die Frage aber von einer fastlichen Mehrheit bejaht. Dagegen werden die durch die Berufung zu bestellenden Inhabersstellen abgelehnt. Der wichtige Absatz 2, § 4, bekommt folgende Fassung: „Der Landeskirchenrat setzt sich zusammen aus 60 Abgeordneten, die im Weg der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl gewählt werden, und zwar 20 weltlichen und 20 geistlichen, sowie aus einem Abgeordneten der ev. theol. Fakultät an der Landesuniversität, der von der Fakultät aus ihrer Mitte in geheimer Wahl gewählt wird.“ Das neue Wahlrecht wird an die Vollendung des 25. Lebensjahres und den Besitz des Wahlrechts zum Reichsgemeinderat gebunden. Ein Antrag, die Frauen vom passiven Wahlrecht auszunehmen, wird gegen eine kleine Mehrheit abgelehnt. Die Wahl der Mitglieder des Landeskirchenrates soll für 6 Jahre sein, der Landeskirchenrat nach Bedürfnis, mindestens aber alle zwei Jahre zusammentreten.

## Reichspräsident Ebert aus seiner Berufsorganisation ausgeschlossen.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, wurde in der Generalversammlung der Sattler und Tapezierer in Berlin von etwa 1200 Anwesenden gegen 5 Stimmen ein Antrag angenommen, den Reichspräsident Ebert auszuschließen wegen Unterschätzung des Todesurteils gegen den Eisenbrecher Kapp. Die Anwesenden können den Reichspräsidenten nicht mehr als Kollegen anerkennen, weil er entgegen allen sozialistischen Programmen, welche die Todesstrafe verwerfen, gehandelt hat. — (Allen Neuen recht geben. Schriftl.)

## Die sozialdemokratische Reichskonferenz

Am Mittwoch vormittag im Sitzungssaal des Reichstages zusammengetreten. In seiner Eröffnungsrede führte der stellv. Vorsitzende Abg. Barthelemy aus: Die Stellung der Sozialdemokratie in der Koalitionsparteien wird im Wahlkampf eine große Rolle spielen. Für uns ist die Koalition kein Ideal. Unter dem Zwang der Verhältnisse ist sie entstanden und aufrichtig erhalten worden. Bringen die Wahlen eine andere Parteilagerung, bringen sie uns eine sog. Mehrheit, so werden wir mit Freude und mit Erleichterung von der Koalition Abschied nehmen. (Zustimmung.) Bleibt aber das Ständeverhältnis der Parteien bestehen, so wird auch weiterhin eine Koalitionspolitik gemacht werden. (Zustimmung.) Wir werden darnach streben, sie nach links zu verschieben. Eine Ausdehnung der Koalitionspolitik nach rechts käme für uns nicht in Frage.

Ueber den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung, die kommenden Reichstagswahlen, sprach hierauf Scheidemann. Er warf einen Rückblick auf die politische Entwicklung der letzten drei Jahre und setzte sich eingehend mit der Schuld der Unabhängigen und Kommunisten auseinander, deren Politik die sog. Mehrheit und damit die rein sozialdemokratische Regierung in Deutschland verhindert hat. Die Unabhängigen und Kommunisten haben in ihrer Torheit den reaktionären Offizieren einen Teil ihrer Macht zurückgegeben. Ohne Januarputsch von 1919 kein Märzputsch von 1920, ohne Uebereinstimmung kein Bündnis. (Zustimmung.)

Es gibt nur ein Mittel, die Notwendigkeit der Koalition auszuschließen, nämlich so stark zu werden, daß man die Koalition nicht mehr braucht. Unsere bisherige Koalitionspolitik wäre leichter zu verteidigen, wenn sie nicht mit der Roste-Politik belastet wäre. Ich muß aber sagen, daß die Herren ganz links, die Roste schmähten, am wenigsten dazu ein Recht haben, denn sie haben ihn zu seinen Fehlern gezwungen. Es war nicht seine Schuld, wenn es bei Arbeiterbewegungen zu kläglichen Zwischenfällen gekommen ist. Das Roste ist aber durch das Geschrei von links von der Gefahr von rechts ablenken ließ, das war sein Fehler. Unsere Gegner von rechts erleben ihren Mangel an Argumenten mit einem Ueberfluß an Material. Dazu kommt, daß in den Massen große Unzufriedenheit herrscht, dazu kommt ferner das Wirken des franz. Militarismus, der als unbegleiteter Agitator aller reaktionären Strömungen in Deutschland wirkt. Unser Ziel ist die Einigung aller schöpferischen Kräfte unseres Volkes und der ganzen Welt zu einer großen aufbauenden Gemeinschaft.

Die allgemeine Aussprache eröffnete Roste mit einer großen Rede, für die ihm unbedingte Redezeit eingeräumt wurde. Roste, der mehrfach Widerspruch fand, verwies auf die ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen die Partei und die Regierung arbeiten müssen, und auf die großen Erfolge, die trotz allem erzielt worden sind. Leider werde immer nur Kritik geübt. Er bestritt, daß er sich von den reaktionären Offizieren habe überdoppelt lassen. Diese Offiziere hätten nur so lappig werden können, weil die zerstückelte Arbeiterkraft keine Macht war. Reaktionäre Versuche würden auch weiterhin unternommen werden, wenn die Arbeiterschaft nicht zur Einigung komme. Roste bestritt die Berechtigung des Hangelweilers von Bornwieschen, die auf ihn jetzt niederprasselten. Was gegen Rechts geschehen konnte, sei geschehen. (Widerpruch.) Gehier müsse sich eine höhere Bornwiese zu über gefallen lassen. Es sei auch eine Blamage, daß ein Mann wie Erhardt, der längst hätte an die Wand gestellt werden müssen, unbedeutend nach Wilhelmshafen reisen und seine Familie besuchen könnte, obwohl ein Haftbefehl gegen ihn vorliege. Aber die Regierung sei auch heute noch nicht stark genug. Die Sozialdemokratie sei eben in den ersten Monaten nicht auf dem Posten gewesen und deshalb sollten die Genossen an ihre eigenen Dummheiten und Unterlassungsfünden denken, ehe sie ihn — Roste — zum Prügeln machen. Am Schluß erklärte Roste, daß an eine Einigung mit den Unabhängigen vorerhand nicht zu denken sei.

In der Debatte fand Roste wiederholt Widerspruch. U. v. Breslau erklärte, die Ansicht Rostes sei nicht Allgemeinmeinung der deutschen Sozialdemokratie (Lebhafte Zustimmung.) Es sei alles veräuert worden, der Republik ein zuverlässiges Heer zu geben. Man habe sich einen Fremdkörper im eigenen Fleisch emporgeschichtet. Den sozialdemokratischen Wählern müsse endlich die Gewißheit verschafft werden, daß zuverlässige republikanische Verbände geschaffen würden und daß mit der Säuberung des Herres ganz oben bei Seckel angefangen würde.

## Zur Auslieferung der deutschen Schiffe.

**Berlin, 5. Mai.** Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, worin in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März ds. J. übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie sich die Einfuhr nach dem Kriege infolge des Wirkens des Friedensvertrages eingeschränkt

hatte. Für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen würden bei strenger Durchführung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt wurde, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes gänzlich belassen werden müsse. Deutschland schlägt hierfür folgende Regelung vor:

1. Die Ablieferung und Ueberreignung der noch in deutschem Besitz befindlichen Frachtschiffe über 1600 BRT. wird auf zwei Jahre hinaus verschoben. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch die Benutzung entfallenden Wertminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungsatz zahlen.

2. Hinsichtlich der Schiffe zwischen 1000 und 1600 BRT. erklärt sich die Ueberreignungskommission mit den bereits ausgetesteten Schiffen dieser Größe befriedigt.

3. Wenn Deutschland durch die nach 1 und 2 überlassenen Schiffe den Schiffsraum von 350 000 BRT. nicht erreicht, wird ihm der hieran fehlende Schiffsraum aus den von Süd- und Mittelamerika heimkehrenden Frachtschiffen unter den unter III. 1 angegebenen Bedingungen zur Verfügung gestellt.

4. Die Ueberreignungskommission wird ersucht, den Maritime Service zu bevollmächtigen, über die Ausführung dieser Vorschläge mit der deutschen Schiffahrtsdelegation, die sich jetzt wieder nach London begeben, zu verhandeln.

Die deutsche Note betont zum Schluß nochmals, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht belassen wird, das deutsche Wirtschaftsleben und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gefährdet werden könnten, daß die Erfüllung der Ueberreignungsverpflichtungen in Frage gestellt, wenn nicht unmöglich gemacht werde.

**Hamburg, 5. Mai.** Die Handelskammer hat an den Reichspräsidenten und die zuständigen Minister ein Telegramm gerichtet, worin sie darauf hinweist, daß bei den jetzt wieder aufgenommenen Verhandlungen in London über die Ablieferung der deutschen Handelsflotte die Schiffsfrage auch für Deutschlands Industrie entschieden werde. Geinge es nicht, eine große Zahl der deutschen Schiffe zurückzulassen, so würden die Folgen, namentlich für die wertvolle Beoddeutung vernichtend sein.

## Ausland.

**Jansbrud, 5. Mai.** Hier hat sich eine politische Gruppe gebildet, die sich „Deutsch-demokratische Bewegungsgemeinschaft“ nennt und als politisches Ziel die baldige Bereinigung Kroats mit einem demokratisch-republikanischen Deutschland verfolgt. Die Gruppe hat bereits eine private Volksabstimmung für ihr Ziel veranstaltet und dafür von 300 000 Stimmen 170 000 gewonnen.

**Haag, 6. Mai.** Man erwartet, daß das deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen über einen Kredit von 200 Millionen Gulden in einigen Tagen unterzeichnet wird. In den nächsten Tagen wird der holländischen Kammer ein Geschenkbrief übergeben.

**Paris, 6. Mai.** Der ungarischen Friedensabordnung wurde die Antwort der Entente auf ihre Einwendungen zum Friedensvertrag mit dem Bemerkten übergeben, daß die endgültige Entscheidung bis zum 17. Mai erfolgen müsse. — Die deutsche Antwort auf die Note der Konferenz von San Remo wird in Paris (laut einer Pariser Drahtung) um den 10. Mai herum erwartet. Die Alliierten werden noch vor dem Zusammentritt der Konferenz von Spa replizieren.

**London, 6. Mai.** „Daily News“ schreiben: Frankreichs einseitiger Vorschlag, eine jährliche Rindbestraße für die von Deutschland zu zahlende Schadenersatzsumme festzusetzen, bedürftig in seiner Weise die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen müssen, daß weder Deutschland oder sonst ein Volk sein Recht hergeben würde, sobald es weiß, daß das Ergebnis nur ein höherer Einzahlung für die weiteren Zahlungen sein würde. Das ist aber eine dringende Notwendigkeit, eine endgültige Rindbestraße festzusetzen. Niemand hat einen Ausweg finden können, wie diese Notwendigkeit zu umgehen sei. Auch braucht diese Frage nicht vorzeitig entschieden zu werden. Man könnte sich vorläufig auf eine mittlere Summe zwischen dem jetzigen Minimum und dem Maximum einigen. Denn es ist völlig zwecklos, sich jetzt darüber den Kopf zu zerbrechen, was Deutschland zahlen müßte.

**London, 6. Mai.** Nach einem bolschewistischen Funkpruch haben sich die Reste der Freiwilligenarmee, die den rechten Flügel von Denikins Armee bildeten, östlich von Sewastopol den Bolschewisten ergeben. Es wurde ihnen ihr Leben zugesichert, während alle Führer zum Tode verurteilt wurden. Es kapitulierten im ganzen 60 000 Mann.

**Tokio, 5. Mai.** Die Verhandlungen über den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan haben in Vladivostok begonnen. Die Russen haben alle Waffenstillstandsbedingungen der Japaner angenommen.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg, 6. Mai.** (Vorläufig gegenüber den Naiglöckchen) Die jetzt wieder beginnende Naiglöckchenzeit gibt Veranlassung, alle Freunde und Freundinnen dieser so herrlich duftenden Blume darauf hinzuweisen, daß sowohl der Stengel wie auch die Blüte des Naiglöckchens einen starken Giftstoff in sich bergen, der Blausäure enthält. Man vermeide daher besonders, die Blume zwischen den Lippen zu tragen. Die Kleinsten, kann merkwürdigerweise kann unförmlich aufsteigen, sobald der Saft der

## Anzeigenpreis:

die einpolige Zeitschrift über deren Raum 40 f, bei Kaufmännischer Zeitung durch die Reichsdruckerei 45 f extra. Wellen-Größe A 1.00 bei größeren Aufträgen entsprechend Rabatt, der in Folge des Nachdruckes günstig wird.

Schluß der Anzeigen Annahme tags zuvor. Fernsprecher Nr. 4. Für teile, Kurze wie kleinerer Größe Anzeigen.

ung.  
Freunde und  
1920  
Feier  
Herrenab  
itte, dies als  
nen zu wollen.  
er, Herrenab,  
Biermeisters.  
Neuenbürg.  
renab.  
nd.  
bung.  
Freunde und  
1920  
Feier  
in Calmbach  
dies als per  
zu wollen.  
tomotoführers  
ht,  
ettenmachers  
almbach.  
Schwamm.  
ittag 1/3 Uhr  
schen“  
zert.  
a, Sopran  
de, Klavier,  
ereine:  
gverein Schwam  
gramm folgt.  
z.  
u. Fußball-  
Neuenbürg.  
am Sonntag  
stiftenden  
wanderitag  
mitglieder freundlich  
punkt 1/3 Uhr  
urnhalle. Tages  
ad.  
Der Ausflug  
enhäusen.  
rne  
infassung  
der) 125 ca 19  
il, samt Stein  
auf  
rich Ehrhardt.  
ildbad.  
gewandelt, nettel  
erträulein.  
Goldenes Roß.



erw. teuer wird...  
Papier 100 000...  
Somit auch das...  
der Papiermarkt...  
wider werden...  
länger erscheinen...  
aus England...  
auf 50 Pfund...  
n.  
nt. Was wird...  
zen Franzosen...  
mokratische...  
enden Sonntag...  
berentliche...  
Reichs- und...  
Landes...  
den soll.  
mokrat" hatte...  
ngnot in...  
präsident...  
Diese...  
Weder der...  
Doppelwoh...  
Was seine...  
natürlich...  
Umstände...  
ren.  
wählleiter für...  
Regierung...  
wählleiter für...  
Innen und...  
Neuflücht...  
n Vollst...  
u. a. a. u. a.  
in voller...  
Regierung...  
ber nicht...  
eine...  
in ruhig...  
möchte...  
e...  
Wahl...  
Befugung...  
ben die...  
Hochver...  
berachten...  
Ernst...  
en der...  
sondern...  
erforder...  
frühere...  
um Präsi...  
den.  
Streiks...  
eine und...  
unter 20...  
nt sind.

**Berlin, 6. Mai.** In einer Konferenz in der Reichs-Landwirtschaftlichen, bei welcher Vertreter des Deutschen Städtebundes, des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, des Verbandes der Ractofelinteressenten und des Reichswirtschaftsministeriums anwesend waren, wurde dem bereits vor einiger Zeit ausgetauchten Projekt zugestimmt, eine Reichsreferve von etwa 100 Millionen Zentnern Kartoffeln zu schaffen, welche an die Bevölkerung der Städte und Industriestädte nach einem besonderen von der Reichs-Landwirtschaftlichen auszuarbeitenden Schlüssel verteilt werden sollen.

**Berlin, 6. Mai.** Bis vor kurzem deutete alles darauf hin, daß die Franzosen sich für einen längeren Aufenthalt in Frankfurt und den anderen besetzten Gebieten einrichten. Aus Anlaß des Rücktrittsgesuchs des Frankfurter Polizeipräsidenten wegen der Entlassung der Polizeitruppen hat nun die Befugungsbehörde an den Präsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem ihm anheimgestellt wird, auf Kosten der Stadt für sämtliche Polizeibeamte Revolver und Säbel anzuschaffen. Andererseits sei der Generalkommandant der Besatzungstruppen geneigt, mit dem Polizeipräsidenten die Verleihung der gesamten Bewaffnung für den Tag, an welchem die Okkupationstruppen Frankfurt verlassen, zu überprüfen. Zu geeigneter Zeit werde der Polizeipräsident alle notwendigen Instruktionen erhalten. Aus diesem Schreiben kann man folgern, daß die Befugungsbehörde in absehbarer Zeit Frankfurt räumen wird, zum mindesten aber an einen Abzug denkt.

**Berlin, 6. Mai.** Der Reichspräsident hat an den ausstehenden Reichsverkehrsminister Dr. Bell ein Schreiben gerichtet, worin er dankbar der Verdienste des Ministers um das Verkehrswesen gedenkt und hofft, daß Dr. Bell seine Kenntnisse in politischer und parlamentarischer Tätigkeit auch nach seinem Scheiden in den Dienst der Allgemeinheit stelle.

**Berlin, 7. Mai.** Generalfeldmarschall v. Mackensen antwortete anlässlich seiner Begrüßung durch das Weissenburger Infanterieregiment dem Obergruppenführer Grafen Karoly mit folgendem Dankschreiben: „Mit Gott für König und Vaterland“ war der Wahlpruch meines Vaterlandes Preußen. Dieser findet jetzt eine Wiederholung in den ungarischen Bergen. Freich auf, verzagen Sie nicht! Gott segne Ungarn!“ Die „Boschische Zeitung“ meint, mit dieser Kundgebung sei der Feldmarschall wohl einer Gefühlsregung gefolgt, die durchaus verständlich sei, daß es gerade die republikanische Regierung in Ungarn gewesen sei, die ihn gegen Gesetz und Recht und gegen den barmherzigen Anstand habe verhaften lassen.

**Berlin, 7. Mai.** In der gestern abgehaltenen Vollversammlung der Angestellten der Groß-Berliner Straßenbahn wurden die Gefahren überspannter Forderungen stark betont. Eine Urabstimmung über den Schiedspruch wird wahrscheinlich heute erfolgen.

**Berlin, 6. Mai.** Nach dem Lokalanzeiger entstand heute Nacht in der Pantower Nervenheilanstalt Feuer, wobei zwei Patientinnen verbrannten. Anscheinend haben Patientinnen dem Verbote zuwider im Bett geraucht. — Nach den Abendblättern ist die Deutsche Allgemeine Zeitung mit samt der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt von den Reichswirtschaftsministern an den rheinischen Großindustriellen Einmies verkauft worden.

**Berlin, 7. Mai.** Der französische Sozialist Albert Thomas, der gegenwärtig Direktor des Internationalen Arbeitsamtes ist, traf gestern in Berlin ein und trat laut „Vorwärts“ mit den deutschen Sozialisten und Gewerkschaftsführern in Verbindung, um mit ihnen über die Arbeiterfragen zu beraten.

**Berlin, 7. Mai.** Die deutsche Abordnung nach Spaa wird auch eine Anzahl finanzfachverständiger Mitglieder umfassen. Unter diesen Sachverständigen werde Dernburg sein. **Kochlowski bei Venher, 7. Mai.** Als gestern früh von der Polizei in Kochlowski eine Razzia vorgenommen wurde, um einige Erbrecher festzunehmen, wurde plötzlich aus dem Hinterhalt geschossen. Dabei wurde ein Polizeibeamter erschossen, ein zweiter so schwer verletzt, daß er bald seinen Bunden erlag.

**Wien, 7. Mai.** In Budapest wird als sicher angenommen, daß Graf Appony den Friedensvertrag nicht unterzeichnen wird. Falls es überhaupt zur Unterzeichnung kommt, wird ein Subalterner-Beamter als Vertreter der Regierung nach Paris entsandt werden.

**Mailand, 6. Mai.** Nach einer Meldung des Ercolo

aus Genua haben Eisenbahner in Briagnoli einen Eisenbahnzug festgehalten, in dem sich 100 Polizisten nach Florenz begeben wollten. Die Eisenbahner zwangen die Polizisten zum Verlassen des Zugs, sodas sie sich in Automobilen nach ihrem Bestimmungsort begeben mußten.

**Paris, 7. Mai.** Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ erklärt, die Frage der deutschen Entschädigungssumme werde in Spaa nicht behandelt werden. Deutschland werde zuerst Aufklärungen geben müssen über die Nichterfüllung der Friedensbedingungen, sowie über die Bedingungen, unter denen es die Wiedergutmachungen erfüllen könne. Die Alliierten könnten alsdann die Bedingungen ins Auge fassen, um die Zahlung der Wiedergutmachungen sicherzustellen. In offiziellen englischen Kreisen sei man dem Gedanken jährlich gestaffelter Zahlungen geneigt.

**Amsterdam, 6. Mai.** Den Blättern zufolge meldet ein drahtloses Moskauer Telegramm, daß 14 Schiffe mit russischen, bürgerlichen Flüchtlingen aus Südrussland auf dem Wege nach Kleinasien auf dem Schwarzen Meer im Sturm untergegangen seien.

**Rotterdam, 6. Mai.** Aus Wladivostok melden englische Blätter, daß der Hilfszug des englischen Kreuzes im Innern des Landes angehalten wurde und daß das Personal erschossen worden ist.

**London, 6. Mai.** Im englischen Unterhaus teilte ein Vertreter des Marineministeriums mit, daß sämtliche deutsche Kriegsschiffe abgewrackt werden sollen, mit Ausnahme von 5 leichten Kreuzern und 32 Torpedobooten, die an Frankreich, Italien, Polen und Brasilien verteilt werden sollen. — Eine irische Polizeistation wurde heute morgen von bewaffneten Männern in die Luft gesprengt.

#### Württembergischer Landtag.

**Stuttgart, 6. Mai.** Nachdem das Haus unter Beteiligung des Staatspräsidenten u. der demokratischen Abgeordneten Pland als Redner die Landtagswahlen, für die Ehre der deutschen Frauen und Mädchen entsetzlichen Zustände im besetzten deutschen Gebiete verurteilt hatte, nahm es die Beratung des Landtagswahlgesetzes vor. Die Sozialdemokratie fordert Wiedereinstellung der durch die Regierungsvorlage vorgezeichneten Wahlkreise, Körner (W.B.) nur 15 Min. 24. Nach lebhafter Aussprache, an der sich Vinkenheil als Wahlkreisgegner, Rattinat (S.), Körner (W.B.), Weber (S.), Scheef (D.D.P.) und der Minister Heymann beteiligten, der vergeblich für seine Regierungsvorlage eintrat, wurde der Ausschussantrag mit der Reineinstimmung der 24 Wahlkreise angenommen. Die Debatte zog sich dann stundenlang durch die einzelnen Paragraphen hin. Erwähnenswert ist nur, daß gegen den Widerspruch der Bürgerpartei der Abgeordnete seinen Anspruch auf das Mandat verliert, der freiwillig aus der Partei ausscheidet. Weiterhin begründete Vinkenheil einen Ausschussantrag auf Bindung der Liste, während der Entwurf auch die Möglichkeit der Stimmenscheidung und freien Liste vorseh, wofür auch Hartenstein (D.D.P.) eintrat, während Minister Heymann, Körner (W.B.) und Weber (S.) für die gebundene Liste sprachen, die dann auch angenommen wurde. Schließlich wurde nach weiterer Debatte, an der sich auch Conrad Hasenmann als Verteidiger der neuen Wahlkreise beteiligte, die zweite Beratung des Gesetzes beendet. Die dritte folgt am Samstag. Das Gesetz über das Verbot der Parteipolitik wurde dem Staatsausschuss überwiesen. Morgen kommen die Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zur Ernährungsfrage an die Reihe.

#### Ev. Landeskirchenversammlung.

**Stuttgart, 6. Mai.** In rascher Folge wird am Donnerstag eine Reihe von Paragraphen über Zulassensrecht, Geschäftsbereich und Beschlußfassung des L.K.-Tages erledigt; der Kirchenpräsident soll das Recht haben, den L.K.-Tag aufzulösen, muß aber dann möglichst rasch, spätestens innerhalb 9 Monaten, einen neuen L.K.-Tag einberufen. Die Mitglieder sollen an feierliche Weisungen und Aufträge gebunden sein. Änderungen des Kirchenverfassungsgesetzes, der Gottesdienstordnung und der kirchlichen Bücher sowie der Lehrverpflichtung der Geistlichen sollen nur mit zwei Drittel Mehrheit beschlossen werden können. Eine lebhafte Aussprache über die Beteiligung der Kirchengemeinde unter die verfassungsmäßigen Organe knüpft sich an den § 21. Ein Antrag, dem L.K.-Tag auch die Oberaufsicht über die gesamte Kirchenverwaltung anzuweisen, wird bis zur zweiten Sitzung zurückgestellt. Dem Kirchenpräsidenten wird das Recht gegeben, ein Gesetz, dem er nicht zustimmen vermag, innerhalb von drei Monaten nach seiner Annahme nochmals an den L.K.-Tag zurückzuverweisen.

#### Änderung des Gemeindesteuergesetzes.

**Stuttgart, 6. Mai.** Dem Landtag liegt nun der Entwurf einer Änderung des Gemeindesteuergesetzes vor. Er bringt eine

in zahlreichen Einzelheiten festgelegte Vermögenssteuer, deren Betrag zur Hälfte dem Staat zufällt, ferner eine Erhöhung der Wohnsteuer in großen und mittleren Städten auf 10 Mark, in den übrigen Gemeinden auf 5 Mark. Selbständige weibliche Personen zahlen die Hälfte. Außerdem wird eine Fremdenwohnsteuer für die Gemeinden gestattet, die 10 Prozent des Wertentgeltes betragen darf. Die Hundemindestabgabe wird auf 20 Mark erhöht, der Gemeinderat kann die Abgabe bis zum Betrag von 100 Mark für einen Hund, bis zu 150 Mark jeden weiteren Hund erhöhen. Die Gemeinde-, Wandergewerbe-Ertragsteuer kann auf 100 Mark hinaufgesetzt werden. Die Vermögenssteuer trifft Langbesitzungen, Karmesinbesitzungen, Kostspielige, Kinos, Volksbeistellungen auf Märkten und Messen, Theateraufführungen, Variete, Zirkus und ähnliche Vorstellungen, Zingeltangel, Barfüßlerabende, abgerichtete Tiere u. a., Vorträge, Vorlesungen und Deklamationen, Konzerte, Preisfesten und zufällige Glückspiele, sportliche Veranstaltungen u. Ausstellungen. Ausgenommen von der Steuer sind die Veranstaltungen, die dem Unterricht dienen, ferner Theateraufführungen der vom Staat oder der Gemeinde betriebenen Theater. Politische Versammlungen sind nicht steuerpflichtig, wenn aber bei einer Veranstaltung ein Entgelt erhoben wird, oder Speise und Getränke verabreicht werden, so wird die Veranstaltung steuerpflichtig. Es wird eine Kartensteuer erhoben, die von 10 Pf. bis 150 Pf., bzw. 20 Pf. bis 4 Pf. geht. Wird kein oder ein freiwilliger Beitritt erhoben, so erfolgt die Steuerberechnung nach der Größe des Raumes, in dem die Veranstaltung stattfindet. Die Gemeinden können nach Zuschläge erheben. Die Vermögenssteuer soll Mittel für Volkserziehung und Volksbildung schaffen.

Durch Entschließung des Herrn Staatspräsidenten ist Postsekretär Lutz in Neuenbürg zum Oberpostsekretär bei der Generaldirektion der Posten und Telegraphen befördert. Oberpostsekretär Joller in Wildbad nach Tetsing auf Ansuchen versetzt und der titl. Postsekretär Hermann beim Postamt in Stuttgart in die Dienstklasse der Postsekretäre überführt worden.

#### Wer kommandiert?

**Stuttgart, 6. Mai.** Der „Staatsanz.“ als Sprachrohr des Ministers Heymann hatte neulich Offiziere der Polizeiwache beschuldigt, sie seien in ihrem militärischen Ergeiz nicht befriedigt. Die Wünsche dieser, „keinen Videndorfs im Westfälischen Journal“, wie er sie nannte, könnten natürlich nicht erfüllt werden. Heute nimmt der „Staatsanzeiger“ auf Grund einer Erklärung des Obmanns der Polizeibeamtensvereine doch allgemein als peinlich und als Schädigung der Staatsautorität empfundene Verdächtigungen des Standes, ohne dessen selbstlose Hilfe bei den Unruhen im Frühjahr 1919 Heymann wahrscheinlich überhaupt nicht mehr Minister wäre, in gewandter Weise juristisch und bezeichnet es als unermesslich, daß gewisse Unstimmigkeiten, die unter der Hand schon längere Zeit bestanden, sich einmal in der Öffentlichkeit Luft machten. Eigenmächtigweise schweigt sich der „Staatsanzeiger“ über diese Unstimmigkeiten an übrigen völlig aus. Aber gerade deshalb erheben wir nochmals die Frage: Wer kommandiert die Gendarmenwehr? Der Diktator auf der Retraide oder das Staatsministerium mit dem Staatspräsidenten Bloss an der Spitze?

#### Reichstanzler Müller über sozialdemokratische Taktik.

**Berlin, 6. Mai.** Auf der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei sprach heute der Reichstanzler Müller. Er sagte u. a. Wir müssen gegen rechts und links die Demokratie und die Republik verteidigen. Wir hoffen, daß in Spaa endlich eine Politik der Versöhnung und des Entgegenkommens getroffen wird. Jede Koalitionspartei wird den Wahlkampf selbstständig führen. Bringen uns die Wahlen keine Mehrheit, so werden wir wieder Koalitionspolitik treiben, werden aber versuchen, in der Koalition ein noch stärkeres Faktum zu werden. Nach dem Kapp-Putsch habe ich vorgeschlagen, die Unabhängigen in die Koalitionsregierung aufzunehmen. Das hätte im Auslande einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, denn dann hätten wir in Deutschland einen republikanischen Block gehabt. Aber die Unabhängigen haben das glatt abgelehnt. Sie wollen immer noch nach Rostau. Wir sind nun einmal auf das Ausland angewiesen. Unsere ganze Erzeugung ist zugrunde gerichtet, unser Gold ist buchstäblich verpulvert worden. Die Kommunisten tragen eine schwere Verantwortung vor der Geschichte, wenn sie nicht endlich mit diesen ewigen Putschspielereien aufhören. Wenn wir auch eine noch so demokratische Verfassung haben, so W damit nicht gefast, daß wir nun auch in kurzer Zeit den Sozialismus durchzuführen können. Heute muß das Tempo der ökonomischen Entwicklung zum Sozialismus langsam sein, auch wenn wir eine Mehrheit in Deutschland haben.

#### Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Engländer“ werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

**Calmbach.**  
**Bekanntmachung, betr. Auflegung der Wählerlisten zur Reichs- und Landtagswahl.**  
**Die Wählerlisten**  
zur Reichs- und Landtagswahl liegen in der Zeit vom Sonntag, den 9. Mai bis Sonntag, den 16. Mai 1920 — je einschließlich — und zwar Werktags während der Ampelstunden und Sonntags von 11—12 Uhr vormittags auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht auf.  
Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Auslegungsdauer schriftlich oder zu Protokoll beim Gemeinderat anzubringen; soweit die Richtigkeit der Behauptungen nicht offenkundig ist, hat der Einspruchsbeklagende für die Beweismittel beizubringen.  
**Gemeinderat.**  
Vorstand Hoernle.  
Den 7. Mai 1920.

**Villa od. Idönes Landhaus**  
von Selbstinteressent sofort zu kaufen gesucht. Angeb. an die Engtälergeschäftsstelle.

**Landwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, den 9. Mai 1920, nachm. 12 1/2 Uhr in Neuenbürg, Gasthaus zum „Anter“.  
Tagesordnung:  
1. Genehmigung der Beitrags-Erhöhung von 3 auf 5 M.  
2. Genehmigung der Rechnung für 1919.  
3. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts für 1919, Genehmigung des Voranschlags für 1920.  
4. Wahl der Vertreter zum Gau-Ausschuss und zum landwirtschaftl. Hauptverband.  
5. Vortrag von Geh. Regierungsrat Prof. D. Aerebon-Hohenheim über die Futtermittel-Versorgung unserer Viehbestände in Gegenwart und Zukunft.  
Einladung ergeht an alle Mitglieder und Freunde der Landwirtschaft.  
Vereinsvorstand Kübler.

**Lüdtger, zuverlässiger**  
**Langholz-Fuhrmann**  
kann sofort eintreten bei  
**E. E. Wagner, Sägewerk, Ernstmühl,**  
Post Ditzau, Telefon: Amt Calw Nr. 48.

**freiw. feuerwehr Neuenbürg.**  
**Übung**  
der Jüge I, II, III und IVa  
am Samstag, den 8. Mai, abends 7 Uhr. Präzises und vollzähliges Erscheinen.  
**Das Kommando.**  
**Zur Brotstreckung!**  
**Prima Haferflocken** | **Haferbackmehl** | **1 Pfund 4.50**  
empfehlen  
**! Fahrräder!**  
Habe mehrere gebrauchte und neue Fahrräder, sowie in- und ausländische Bereifungen billig zu verkaufen.  
**Friedrich Holzäpfel, Fahrradhandlung, Liebenzell.**

